connosco
lateinamerika mit uns

Newsletter
August 2018

connosco e.V.
Lotharstr. 14-18
50937 Köln
Website: www.connosco.de
E-Mail: info@connosco.de

connosco
lateinamerika mit uns

Newsletter
August 2018

Inhalt

Editorial & Grußwort 3

Kurznachrichten 4
Von Thilo Vogt

Nicaragua: Venezuela 2.0? 6
Von Monique Schumacher

Gesetzesinitiative zur Legalisierung von Abtreibungen in Argentinien scheitert an konservativem Lager 8
Von Lena Greiner

Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonaro: Der Trump Brasiliens 10
Von Robin Werbeck

Kolumbien nach den Wahlen: Droht ein Rückfall in frühere Tage der gewaltsamen politischen Verfolgung? 12
Von Leon Mauel

Editorial & Grußwort

Liebe Lateinamerika-Freunde,

Aktuelle Informationen zu den seit Monaten andauernden Protesten in Nicaragua finden Sie auf Seite 6. Einen tieferen Einblick in die Debatte um einen Gesetzentwurf über die Legalisierung von Abtreibungen in Argentinien und den damit verbundenen Konflikten erhalten Sie ab Seite 8. Ab Seite 10 wird der brasilianischer Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonao porträtiert, der auch als brasilianischer Trump bezeichnet wird. Inwieweit sich die Sicherheitslage nach den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien entwickelt hat, lesen Sie ab Seite 12

Wie immer wünschen wir Ihnen nun viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

Herzlichst,
das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.

Kurznachrichten

Von Thilo Vogt

Minderjährige Migranten werden in den USA weiterhin von ihren Eltern getrennt

Washington D.C. Nachdem US-Präsident Donald Trump im April eine „Null-Toleranz-Politik" gegenüber Migranten aus Lateinamerika implementierte, die unter anderem darin bestand, bis dato rund 2.500 Kinder von ihren Eltern zu trennen und in Aufnahmelager zu bringen, wurde diese nach nationalen und internationalen Protesten und durch ein Gerichtsurteil wieder aufgehoben. Zwar wurden bis zum Stichtag, den 27. Juli, rund 1.800 Kinder und Jugendliche wieder in die Obhut ihrer Eltern übergeben oder freigelassen. Dennoch sind immer noch rund 700 Minderjährige in der Obhut der US-Behörden. Diese nennen verschiedene Gründe. Unter anderem lassen sich nicht alle Eltern der minderjährigen auffinden, die Verwandtschaft ließ sich nicht belegen oder die Eltern wurden bereits abgeschoben. Am Stichtag forderten verschiedene Menschenrechtsgruppen die Umsetzung der Anforderungen und eine Aufklärung der rund 400 Fälle, in denen die Eltern bereits abgeschoben wurden.

Kolumbien kündigt Austritt aus UNASUR an

Bogotá. Kurz nach der Amtseinführung Iván Duques kündigte sein Außenminister Carlos Holmes Trujillo den Rückzug Kolumbiens aus dem Regionalbündnis Union südamerikanischer Staaten (UNASUR) an. Begründet wurde die Entscheidung darin, dass man sich durch die Mitgliedschaft in der Organisation nicht zur „Komplizin der venezolanischen Diktatur" machen wolle. Diese Entscheidung schließt an den Rückzug der Mitgliedschaft von Chile, Argentinien, Brasilien, Paraguay und Peru im April dieses Jahres an. Währenddessen appellieren Bolivien und Ecuador weiterhin für eine Stärkung des Bündnisses ungeachtet der Differenzen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Man wolle sich zudem auf eine schlankere Agenda fokussieren, um eine bessere Kooperation zu ermöglichen.

Perus Präsident legt Gesetzesentwurf für Verfassungsreform vor

Lima. Nachdem durch den jüngsten Korruptionsskandal, illegale Wahlkampffinanzierungen und des Rücktrittes des ehemaligen Präsidenten Pedro Pablo Kuczynski die politische Landschaft Perus durch Turbulenzen gekennzeichnet wurde, kündigte Präsident Martín Vizcarra die Einreichung von vier Gesetzen zur Verfassungsreform an. Diese Reform soll zudem durch ein Referendum bestätigt werden. Ein Termin dafür ist noch nicht bekannt. Kernbestandteile der Reform sollen die Etablierung eines Zwei-Kammern-Systems im Kongress, die damit verbundene Förderung der politischen Gleichberechtigung von Männern und Frauen und eine bessere Repräsentation der Regionen sein. Des Weiteren soll der Nationale Rat der Magistratur, welcher im Zentrum des letzten Korruptionsskandales stand, reformiert sowie darüber nachgedacht werden, ob eine zweite Amtszeit für Abgeordnete nicht mehr möglich sein und die private Parteienfinanzierung überdacht werden solle.

Nicaragua: Venezuela 2.0?

Von Monique Schumacher

Die innenpolitische Krise in Nicaragua hält weiter an. Seit Mitte April kommt es immer wieder zu Massenprotesten und gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Demonstranten und Sicherheitsbehörden. Menschenrechtsorganisationen berichten von über 300 Todesopfern und 2000 Verletzten. NGOs und internationale Institutionen sehen die Schuld bei der Regierung von Präsident Daniel Ortega, der diese jedoch vehement von sich weist, und die Demonstranten als Terroristen und Putschisten bezeichnet. Auch die Wirtschaft leidet unter der Situation, die sich immer mehr zuzuspitzen scheint.

Wirtschaftliche und politische Krise

Dabei waren die Aussichten Anfang des Jahres noch ausgesprochen vielversprechend. Das Land hatte in den letzten 15 Jahren ein enormes wirtschaftliches Wachstum von vier bis fünf Prozent pro Jahr verzeichnen können. Noch im ersten Quartal des Jahres 2018 rechnete man mit einer Wachstumsrate von 4,7 Prozent. Mit dem Ausbruch der Krise änderte sich dies schlagartig, sodass Experten mittlerweile nur noch von 0,5 bis 1,5 Prozent ausgehen. Die Regierung Ortegas erzielte Verbesserungen der Lebensstandards weiter Teile der Bevölkerung und auch die Umverteilung des Reichtums wurde vorangetrieben. Dennoch ist Nicaragua weiterhin das zweitärmste Land Lateinamerikas nach Haiti. Die Menschen haben das Gefühl, dass man sie nicht ausreichend am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben lässt und es vorrangig die Familie des Präsidenten ist, die von den Gewinnen profitiert. Hinzu kommt, dass die Regierung zunehmend von autoritären Zügen geprägt war, was viele Nicaraguaner um ihre demokratische Freiheit fürchten ließ. All dies schürte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Auslöser für die heftigen Proteste war eine geplante Reform des Sozialversicherungssystems, bei dem Rentnern die Pensionen gekürzt werden sollte und Arbeitnehmer höhere Abgaben zahlen müssten. Obwohl die Reform zurückgenommen wurde, weiteten sich die Demonstrationen auf das ganze Land aus, die Situation eskalierte. Der Widerstand zieht sich durch die gan-

ze Gesellschaft, erfasst Studenten und Bauern, Männer und Frauen, Junge wie Alte gleichermaßen. Immer wieder ist davon die Rede, dass Proteste und Straßenblockaden von Polizisten und bewaffneten paramilitärischen Einheiten gewaltsam beseitigt und hunderte Demonstranten verhaftet wurden.

Die Situation erinnert stark an das Jahr 1979, als die Frente Sandinista de Liberación Nacional, kurz FSLN, Nicaragua aus 40 Jahren Diktatur des Somoza-Clans befreite. Teil der fünfköpfigen Regierungsjunta, die daraufhin die Macht übernahm, war ein gewisser Daniel Ortega. Nun ist es Ortega selbst, dem diktatorische Machenschaften vorgeworfen werden; Von dem man behauptet, dass er sich ohne Rücksicht auf Verluste an die Macht klammere.

Im Fokus der internationalen Kritik

Auch auf internationaler Ebene wird die Kritik an der Regierung zunehmend lauter. Mitte Juli hatte die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die Repressionen scharf kritisiert. Auch von Menschenrechtsverletzungen war in diesem Zusammenhang die Rede. Mit 21 Ja-Stimmen forderte die Staatengemeinschaft ein Ende der Gewalt und die aktive Teilnahme am nationalen Friedensdialog. Luis Almagro, der Generalsekretär der OAS, sprach sich zudem ausdrücklich für vorgezogene Neuwahlen aus. Ähnliche Forderungen wurden zuletzt auch von Seiten der Europäischen Union laut. Ortega scheint von all dem weitgehend unbeeindruckt. Vorgezogene Wahlen, geschweige denn ein Amtsrücktritt, lehnt er bislang vehement ab. Dabei verweist er darauf, während der gesamten Legislaturperiode im Amt bleiben zu wollen – und diese endet erst im Jahr 2021.

Nach venezolanischem Vorbild?

Kritiker gehen davon aus, dass das lateinamerikanische Land geradewegs auf einen Bürgerkrieg zusteuere und weitere drei Jahre unter der Macht Ortegas nicht überstehen werde. „Dann würde Nicaragua völlig in Trümmern liegen“, ist sich Sergio Ramírez, nicaraguanischer Schriftsteller und einst selbst Mitglied der FSLN sicher. Es drängt sich der Vergleich mit dem sozialistischen Venezuela auf, wo es Präsident Nicolás Maduro trotz massiver Proteste gelang, an der Macht zu bleiben. Die systematische Ausschaltung der politischen Opposition war hier von zentraler Bedeutung. Mit seinem autoritären Regierungsstil und der vollkommenen Überzeugung, politisch korrekt zu handeln, scheint Ortega Maduro nacheifern zu wollen. Nichts-

destotrotz darf man jedoch nicht vergessen, dass die Situation der beiden Länder trotz dieser Parallelen auch einen wesentlichen Unterschied aufweist. Während Maduros Chancen dank des reichen Erdölvorkommens im Land nämlich deutlich besser standen, leben weite Teile der nicaraguanischen Bevölkerung nach wie vor in größter Armut.

Wenn die internationale Gemeinschaft dem zentralamerikanischen Land jegliche Unterstützung versagt, ist Nicaragua auf dem besten Weg, ein zweites Venezuela zu werden. Als einzigen Ausweg aus dieser Sackgasse sehen Experten vorgezogene, faire Neuwahlen. Ob Ortega sich einsichtig zeigt, bleibt abzuwarten.

Gesetzesinitiative zur Legalisierung von Abtreibungen in Argentinien scheitert an konservativem Lager

Von Lena Greiner

Nach einer hitzigen Debatte um die Legalisierung von Abtreibungen in Argentinien, welche das Land während der letzten Monate beschäftigt hatte, lehnte der Senat am 09. August nach einer 16-stündigen Sitzung die im Juni vom Parlament beschlossene Gesetzesvorlage mit 38 zu 31 Stimmen ab. Somit ist weiterhin das geltende Gesetz von 1921 aktuell, nach dem medizinisch nicht indizierte Schwangerschaftsabbrüche in Argentinien unter Strafe gestellt werden. Dies kann in manchen Fällen zu einem Gefängnisaufenthalt von bis zu vier Jahren führen. Ausnahmen werden bei Lebensgefahr für die Mutter oder bei nicht lebensfähigen Föten, sowie bei Vergewaltigungsopfern gemacht. Vor allem jüngere Argentinierinnen sehen darin ihr Menschenrecht auf Familienplanung eingeschränkt.

Die Gesetzesvorlage, welche vor 13 Jahren zum ersten Mal vorgebracht worden war, meint einen Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 14 Wochen. Der Abstimmung im argentinischen Parlament waren über 700 Vorträge der verantwortlichen Kommission vorausgegangen. Am 14. Juni wurde schließlich in einer 23 Stunden andauernden Sitzung abgestimmt,

worauf die Gesetzesvorlage vom argentinischen Parlament beschlossen und an den Senat zur Bestätigung weitergeleitet wurde.

Das konservative Lager versuchte daraufhin, die weitere Entwicklung zu bremsen und vergrößerte den Druck auf die Senatoren. So beklagte Senator Pedro Guastavino, peronistischer Vorsitzender des Justizausschusses, zum Beispiel die schweren Angriffe, welche er aufgrund seiner Befürwortung der Gesetzesvorlage „im Namen Gottes“ ertragen musste. Gegenüber der katholischen Kirche äußerte er sich insofern, als dass er sich fragte, ob es nun um dieselbe katholische Kirche ginge, die während der Militärdiktatur (1976-1983) die Augen abgewandt hatte, „als man uns entführte und folterte, oder unsere verschwundenen Genossinnen folterte und vergewaltigte“.

Die Abtreibungsgegner argumentierten hauptsächlich in der Weise, dass der Embryo bereits seit dem Moment der Empfängnis als Lebewesen gälte und demnach verfassungsmäßige Rechte besitze. Die sozialen und gesundheitlichen Folgen illegaler Abtreibungen stellten hingegen die Basis der Argumentation der Befürworter der Gesetzesvorlage dar. Etwa eine halbe Million Frauen treiben in Argentinien jährlich illegal ab, so die Schätzung von Nichtregierungsorganisationen. Circa 50.000 Frauen müssen jährlich wegen Komplikationen nach derartigen Eingriffen stationär behandelt werden. Erst kürzlich starb eine 22-Jährige an einer inneren Entzündung. Die peronistische Senatorin Norma Durango äußerte, dass Abtreibungen so oder so stattfänden, mit oder ohne Gesetz. Ohne das Gesetz würden Abtreibungen jedoch heimlich durchgeführt und somit auch auf dem Schwarzmarkt weiterhin gefördert werden. Die Meinungen hinsichtlich der Legalisierung von Abtreibungen gehen im Land stark auseinander. Präsident Mauricio Macri hatte seine Neutralität hinsichtlich der Gesetzesvorlage ausgesprochen. Sein Parteienbündnis brachte Ja-Stimmen, aber auch die meisten Neins hervor.

Der argentinische Senat ist konservativer aufgestellt als das Parlament. Dort sitzen die Repräsentanten der Provinzen. Die Kirche und die größer werdende Zahl der Evangelikalen übten zusammen mit den Stammwählern Druck auf die Repräsentanten der Provinzen im Senat aus. Die Debatte im Senat wurde in Buenos Aires von tausenden von Befürwortern und Gegnern der Gesetzesvorlage bei winterlichen Temperaturen auf den Straßen verfolgt.
Die Bewegung „Ni Una Menos“ („Nicht Eine Weniger“) hatte großen Anteil an der Verbreitung der Debatte. Seit 2015 protestiert die Organisation gegen Gewalt gegen Frauen. Die Legalisierung von Abtreibung ist eines ihrer Hauptanliegen. Ein grünes Tuch wurde Symbol für die Bewegung, der sich

tausende Frauen anschlossen. In Mexiko und Costa Rica, deren Gesetzeslage der argentinischen ähnelt, gingen hunderte Menschen ebenfalls auf die Straßen, um ihre Solidarität zu bekunden.

Präsident Mauricio Macri plant nun als Reaktion auf die gescheiterte Gesetzesinitiative kostenlose Verhütungsmittel in Armenvierteln verteilen zu lassen, in denen es besonders viele Teenager-Schwangerschaften gibt. Zudem möchte er die Sexualerziehung im Land reformieren. Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner sagte nach der Niederlage im Senat, dass der Gesetzesentwurf nächstes oder übernächstes Jahr wiederkommen würde. Man geht davon aus, dass die Befürworter der Gesetzesvorlage ein neues Projekt zur Abstimmung einreichen werden. Es ist vielleicht nur noch eine Frage der Zeit, dass Argentinierinnen selbst entscheiden dürfen, wann und wie sie Mutter werden wollen und dass sie nicht mehr zum Gebären gezwungen werden.

Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonaro: Der Trump Brasiliens

Von Robin Werbeck

Die Präsidentschaftswahl in Brasilien im Oktober dieses Jahres wird über die kurz- und mittelfristige Zukunft des größten und wirtschaftlich wichtigsten Landes des lateinamerikanischen Kontinentes entscheiden. Es ist die Wahl mit den meisten Präsidentschaftskandidaten seit 1989 (insgesamt 13). Neben Kandidaten aus allen möglichen politischen Richtungen gibt es solche, die im Gefängnis sitzen und wahrscheinlich nicht an der Wahl teilnehmen werden (Lula da Silva, Kandidat der Arbeiterpartei). Es gibt jene, die nach parteiinternen Machtkämpfen und schweren Korruptionsvorwürfen ihre Glaubwürdigkeit verloren haben (Geraldo Alckmin, Kandidat der Sozialdemokratischen Partei). Und es gibt Jair Bolsonaro.

Kandidat der politischen Rechten

Jair Bolsonaro ist ein Militärreservist und seit 1991 Abgeordneter im Repräsentantenhaus in Brasília. Nach Zugehörigkeiten zu den Parteien Partido

Ecológico Nacional (PEN) und Partido Social Cristão (PSC) steht er nun für die Partei Partido Social Liberal (PSL) im politischen Wettkampf. Seine persönliche Historie als Hauptmann im Militär lässt den aufmerksamen Zuhörer verstehen, warum dieser im Rahmen seiner politischen Agenda das Militär und den Militärapparat signifikant stärken möchte. Noch im letzten Jahr versprach er bei einem möglichen Wahlsieg, 50% der Ministerposten an Militärs zu vergeben. Bolsonaro ist außerdem für sein Wohlgefallen gegenüber der Diktaturzeiten in Brasilien bekannt (Zitat: „Der große Fehler der Diktatur war es zu foltern und nicht zu töten"; „O grande erro da didatura foi torturar e não matar").

Gegen Schwarze, Indigene, LGBT – für ein konservatives Weltbild

Die Schwachen der brasilianischen Gesellschaft – Schwarze, Frauen, Indigene, Menschen in prekären Lebenssituationen – sind schon oft Ziel der rhetorischen Angriffe Bolsonaros gewesen. Beispielhaft hierfür steht seine Rede vom 03.04.2017, in der er sagte, dass Menschen der Quilombo-Gemeinden afrikanischer Abstammung nicht einmal zum Fortpflanzen nützten („não servem nem para procriar") und, dass er im Falle eines Wahlsieges alle Reservate der brasilianischen Indigenen auflösen würde. Der 63-Jährige unterstützt ein konservatives Familienbild mit Mann, Frau und Kind. Als die ehemalige Präsidentin Dilma Roussef 2011 eine Initiative gegen Homophobie starten wollte, kommentierte Bolsonaro dies mit den Worten: „Aber lassen Sie nicht zu, dass dieser Schwachsinn in die Grundschulen kommt" („Mas não deixe que essa covardia entre nas escolas de 1° grau"). Die Anzahl an rassistischen, diffamierenden und zum Teil menschenverachtenden Kommentaren ist so groß, dass eine Aufzählung den Rahmen dieses Kurzbeitrages sprengen würde.

Ohne Lula führt Bolsonaro in den Meinungsumfragen

Wenngleich eine große Mehrheit der Zivilgesellschaft die Positionen Bolsonaros ablehnt, führt er doch die aktuellen Umfragen an. Für den (wahrscheinlichen) Fall, dass Ex-Präsident Lula da Silva nicht zur Wahl zugelassen wird, würde gemäß Meinungsforschungsinstituten Bolsonaro mit ca. 23,9% gewinnen – vor Marina Silva (Rede Sustentabilidade) und Ciro Gomes (Demokratische Arbeiterpartei), die beide einen eher links-gemäßigten Po-

litkurs anstreben. Allerdings steht der Sieg für Bolsonaro noch lange nicht fest: Seiner Partei wird aufgrund der geringen Anzahl an Abgeordneten nur wenig Werbezeit im Radio und im Fernsehen eingeräumt. Außerdem sind die finanziellen Ressourcen begrenzt: Der PSL stehen R$ 9,2 Millionen aus den staatlichen Wahlfonds zur Verfügung – dies entspricht nur 5% der Ressourcen, die beispielsweise die Sozialdemokratische Partei aus dem gleichen Topf erhält (R$ 185,8 Millionen).

Es bleibt bis zur Wahl abzuwarten, wie sich Jair Bolsonaro schlagen wird. Sollte der Trump Brasiliens zum Präsidenten gewählt werden, steht das Land vor unruhigen Zeiten.

Kolumbien nach den Wahlen: Droht ein Rückfall in frühere Tage der gewaltsamen politischen Verfolgung?

Von Leon Mauel

Seit dem Wahlsieg von Iván Duque, der am 17. Juni mit rund 54 Prozent gewählt und am 7. August als neuer Präsident vereidigt wurde, berichten verschiedene nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen, darunter die Prüfkommission der Vereinten Nationen und der „Kongress der Völker“ („Congreso de los Pueblos“), von einem erneuten Anstieg der Gewalt gegen AktivistInnen und FührerInnen sozialer Bewegungen in Kolumbien. Laut dieser Quellen wurden allein in der Woche von Duques Amtsantritt mindestens sieben Mitglieder sozialer Organisationen ermordet. Vertreter der UNO-Kommission in Kolumbien zeigten sich besorgt über die bereits seit Ende 2016 stark ansteigende politische Gewalt und versicherten zugleich ihre Unterstützung bei der Suche nach einer „nationalen Übereinkunft“ mit Hilfe des Staates, der BürgerInnen und der sozialen Organisationen, um einen Rückfall in die Gewalt früherer Tage zu verhindern.

Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) vom 24. November 2016 fanden laut einer gemeinsamen Erklärung verschiedener deutscher Organisationen „mehr als 200 politisch motivierte Morde statt, begleitet von zahlreichen Angriffen und Morddrohungen“. Die staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte, Defensoría del Pueblo, spricht für den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 30. Juni 2018 von insgesamt mehr als 300 ermordeten AktivistInnen von denen über 100 allein seit Beginn dieses Jahres getötet wurden. Seit dem Tag von Duques Wahlsieg in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen kam es allerdings nochmals zu einem Anstieg, insbesondere der durch rechte Kräfte verübten Gewalt. Zu den aktuellsten Fällen zählt zum Beispiel die Ermordung von Emiliano Trochez Yonda. Der indigene Aktivist und Koordinator für politische Bildung im Departement Cauca wurde am 10. August in seinem Haus erschossen. Die Verbrechen richten sich zudem verstärkt gegen Mitglieder der linken Sammlungsbewegung „Menschliches Kolumbien“ („Colombia humana“), die vom unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Gustavo Petro angeführt wird. So wurde beispielsweise die Aktivistin Ana María Cortés, eine 46-jährige Koordinatorin der Bewegung aus der Region Antioquia, im Juli ermordet.

Die Amtseinführung Duques wurde somit von massiven Protesten der Opposition und der Friedensbewegung begleitet. In der Hauptstadt Bogotá und dutzenden weiteren Städten im In- und Ausland gingen tausende Gegner der neuen Regierung in einem „Marsch für das Leben“ auf die Straßen. Die nationale und internationale Linke sieht in Duque und dessen Partei Centro Democrático (CD) eine enorme Gefahr für den noch sehr jungen und fragilen Frieden in Kolumbien.

Erstarkende paramilitärische Organisationen terrorisieren Teile der Zivilbevölkerung zur Ausweitung ihrer Territorien

In Zusammenhang mit der massiven Zunahme rechtsmotivierter Gewalt, hat die nationale Menschenrechtsorganisation Defensoría del Pueblo für die rechtskonservative Hochburg Antioquia eine Warnung herausgegeben, in der sie die Lage im gesamten Departement und insbesondere in den Armen-

vierteln der Hauptstadt Medellín als dramatisch und besorgniserregend beschreibt. Vor allem Jugendliche würden verstärkt zu Opfern von Straftaten wie Verschwindenlassen, Folter oder Zwangsrekrutierung zum Auftragsmord durch paramilitärische Gruppierungen. Diese strebten eine Ausweitung der Kontrolle und ihrer Territorien an und schreckten zu diesem Zweck nicht vor Ausübung von Terror gegen die Zivilbevölkerung zurück. Generell wird das Machtvakuum welches die FARC nach ihrer Befriedung hinterlassen haben in vielen Regionen nicht etwa vom Staat, sondern vielmehr von Paramilitärs oder auch der ELN gefüllt.

In vielen Städten des gesamten Landes sind zudem Flugblätter in Umlauf, in denen paramilitärische Gruppierungen oder ultrarechte Terrorgruppen wie die „Schwarzen Adler“ („Aguilas Negras“), zur „sozialen Säuberung“ und „Vernichtung der Linken“ aufrufen und Morde an zum Teil namentlich genannten AktivistInnen und JournalistInnen angekündigt werden. Im Fadenkreuz stehen vor allem KleinbäuerInnen, Indigene und AfroaktivistInnen. Mitglieder dieser Gruppen werden statistisch auch am häufigsten zu Mordopfern rechtsmotivierter Straftäter.

Die Friedensverhandlungen zwischen der Ejército de Liberación Nacional (ELN) und der Regierung Santos enden ohne Ergebnis – Fortsetzung unter Duque ungewiss

Der aktuelle humanitäre Notstand in Kolumbien wirkte sich einmal mehr in negativer Weise auf die Friedensverhandlungen mit der Guerillaorganisation Ejército de Liberación Nacional (ELN) aus. Die am 7. August von Duque abgelöste Regierung um Juan Manuel Santos hatte mit der ELN kurzfristig neue Gespräche vereinbart, um die seit Februar 2017 laufenden Friedensgespräche noch vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Doch obwohl beide Akteure verlauten ließen, dass im Verlauf der Gespräche große Fortschritte verzeichnet worden seien, scheiterte das Vorhaben, einen bilateralen Waffenstillstand auszuhandeln in der sechsten und letzten Gesprächsrunde mit Santos abtretender Regierung. Diese hatte es mit dem Friedensabkommen vom November 2016 vorher geschafft, den jahrzehntelangen Konflikt mit den Guerilleros der FARC zu beenden, wofür der Ex-Präsident den Friedensnobelpreis erhalten hatte.

Die ELN erklärte sich Ende Juli in einer Stellungnahme prinzipiell ebenfalls zu einem Waffenstillstand bereit. Einer der wichtigsten Punkte für ihre Zustimmung seien allerdings „humanitäre Verbesserungen". Zudem äußerte ELN-Kommandant Pablo Beltrán seine Besorgnis über die „Ermordung von Aktivisten" und forderte ein „wahrhaftes und effektives staatliches Handeln zur Beseitigung der Ursachen und Grundlagen für die Morde" sowie eine Schutzgarantie des Staates für AktivistInnen. Laut Santos, der sich mit einem Appell, die Friedensgespräche weiterzuführen, an die neu gewählte Regierung richtete, stehen die Verhandlungen jedoch auch in diesen wichtigen Punkten bereits kurz vor dem Abschluss. Auch die ELN bezeichnete den bisher zurückgelegten Weg als „sehr bedeutend" und erklärte sich zu einer Fortführung der Gespräche mit der neuen Regierung bereit.

Jetzt liegt es an Duque, die Friedensverhandlungen fortzuführen und zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Allerdings hatte er unmittelbar nach der Wahl bereits verlauten lassen, dass er die Gespräche nicht fortsetzen und es Verhandlungen mit „Verbrechern" unter seiner Präsidentschaft nicht geben werde. Wie sein Parteifreund Uribe lehnt auch Duque das Friedensabkommen mit den FARC weitgehend ab und scheint insgesamt einen ähnlichen politischen Kurs fahren zu wollen, wie dieser während seiner Amtszeit von 2002 bis 2010.

Aktuelle Geschehnisse weisen Parallelen zu politischer Gewalt in den 80er und 90er Jahren sowie während der Amtszeit Álvaro Uribes auf

Die aktuelle Entwicklung erinnert an Wellen der Gewalt aus früheren Zeiten: Ab Mitte der achtziger Jahre bis ca. 1990 führten paramilitärische Gruppen mit Unterstützung des staatlichen Militärs einen schmutzigen Krieg gegen Angehörige der damals von den FARC gegründeten linken Partei „Unión Patriótica" (UP). Innerhalb von vier Jahren wurden ca. 4.000 Mitglieder und AktivistInnen der UP von Todesschwadronen und Paramilitärs ermordet, woraufhin die FARC sich, anstatt den friedlichen politischen Weg weiterzuverfolgen, stärker als je zuvor militärisch organisierten und zur Finanzierung des Krieges zunehmend auf das Drogengeschäft sowie Entführungen zur Erpressung von Lösegeldern zurückgriffen. Die Folge war ein

enormer Anstieg von Gewalt seitens aller im kolumbianischen Konflikt beteiligten Akteure ab Mitte der neunziger Jahre.

Auch als mit dem Amtsantritt von Uribe im Jahr 2002 die Politik der „harten Hand“ („mano dura“) begann, kam es bis 2010 zur Ermordung tausender Unschuldiger, die zum Teil fälschlicherweise als Mitglieder oder UnterstützerInnen linker Guerillagruppen (insbesondere der FARC und der ELN) beschuldigt und von staatlichen Streitkräften und Paramilitärs exekutiert wurden. Bis heute konnten diese Verbrechen kaum aufgeklärt werden, da neun der zwölf in einem Gerichtsverfahren gegen Uribe vorgeladenen Zeugen, bereits ermordet wurden. Zudem genießt der nach wie vor sehr populäre Uribe, dem Verbindungen zu paramilitärischen Organisationen nachgesagt werden, politischen Schutz durch Duque. Und: Die im Friedensvertrag mit den FARC verankerte Übergangsjustiz wurde nach dessen Überarbeitung so stark aufgeweicht, dass in derlei Fällen fast immer Straflosigkeit besteht.So wurden zwischen 2016 und 2018 für die 178 offiziellen Morde an sozialen AnführerInnen bereits 211 mutmaßliche Täter ermittelt, von denen aber bislang nur 16 verurteilt worden sind.

Mögliche Gründe für die aktuelle Welle von politischer Gewalt seitens der ultrarechten Gruppierungen sind also neben dem Wahlerfolg des rechtskonservativen Lagers um Uribes Partei Centro Democrático, wohl auch die in der Wahl zwar letztlich unterlegene, jedoch überraschend starke und von rechter Seite als enorme Bedrohung wahrgenommene linke Sammlungsbewegung „Colombia humana“. Nicht zuletzt spielt aber sicher auch die in Kolumbien fast schon traditionelle Straflosigkeit bei Fällen von Morden an AktivistInnen eine entscheidende Rolle.